

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Zum Denken und Fühlen ..

Ich danke all jenen Parteifreundinnen und Parteifreunden, die mich auf der vergangenen Kreismitgliederversammlung wieder gewählt haben, sehr herzlich für das Vertrauen und freue mich auf zwei weitere Jahre als Europabeauftragte des Kreises Offenbach-Land. Viele haben mich allerdings nicht gewählt. Ich werde daher meine Meinung noch deutlicher vertreten und mich ganz sicherlich nicht anpassen und still werden.

Kommentar des DIHK in Brüssel zur Aufforderung der EU-Kommission, die Eurozone möge mehr Schulden machen

"Die EU-Kommission verlangt von den Mitgliedstaaten der Eurozone eine expansivere Haushaltspolitik. In ihrem Herbstpaket empfiehlt sie für die Eurozone als Ganzes um 0,5 Prozent höhere Ausgaben als in den Haushaltsplänen für 2017 bisher vorsehen. Die EU-Kommission verweist auf niedrige Inflationsraten und auf mangelnde Impulse zur wirtschaftlichen Erholung. Ist das klug oder macht es sich die EU-Kommission zu einfach?

Die EU-Kommission betont, dass der expansivere Fiskalkurs von den Mitgliedstaaten geleistet werden sollte, die hierfür Spielraum in ihren Haushalten haben. Vergangene Woche attestierte die Kommission lediglich Deutschland, Estland, Luxemburg, den Niederlanden und der Slowakei vollumfänglich regelkonforme Haushaltspläne. Bei Irland, Lettland, Malta und Österreich ist

dies immerhin noch weitgehend der Fall. Nimmt man das Bruttoinlandsprodukt (BIP) aller genannten Länder zusammen, liegt Deutschlands Anteil bei über zwei Dritteln. Dies macht deutlich: Die EU-Kommission erwartet in erster Linie von Deutschland eine expansivere Fiskalpolitik.

Für Deutschland würde die von der Kommission empfohlene Expansion der Fiskalpolitik Mehrausgaben (oder Mindereinnahmen) in Höhe von rund 35 Mrd. Euro bedeuten. Dies ergibt sich aus dem deutschen Anteil von zwei Dritteln an den 50 Mrd. Euro, die 0,5 Prozent des Eurozonen-BIPs entsprechen. Die Bundesregierung selbst geht für 2017 von einem Haushaltsüberschuss von 0,25 Prozent des BIP aus, was einer Größenordnung von 7,5 Mrd. Euro entspricht. Deutschland müsste also zusätzliche Schulden in Höhe von fast 30 Mrd. Euro machen, um die Empfehlung der EU-Kommission umzusetzen.

Die Antwort auf die Pläne der EU-Kommission muss daher lauten: Europa braucht Investitionen, aber nicht höhere Schulden in Deutschland. Tatsächlich sieht auch der DIHK in Deutschland Spielraum für zusätzliche Investitionen, zum Beispiel in Straßen, Stromnetze, digitale Infrastruktur oder Bildung, sowie für steuerliche Entlastungen in den Unternehmen. Um aber Wachstum in anderen Ländern zu stärken, bedarf es einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft und konsolidierter Haushalte - also mehr Sparanstrengungen vor Ort. Wachstumshoffnungen, die sich auf zusätzliche Schulden stützen, bergen aber neues Krisenpotenzial".



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Europäischer Rat

Malta übernimmt Ratspräsidentschaft der EU ab dem 1. Januar 2017.

Malta übernimmt im Januar 2017 zum ersten Mal die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union und hat jetzt die Schwerpunktthemen seiner Arbeit vorgestellt. Premierminister Joseph Muscat will während der Ratspräsidentschaft in erster Linie die Themen Migration, Binnenmarkt und Sicherheit vorantreiben.

Aufgrund der geografischen Lage des Inselstaates ist die Migration ganz oben auf der Themenliste. Malta wird ein einheitliches europäisches Asylsystem vorantreiben und befürwortet die Umverteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU. Nach den Anschlägen in Paris und Brüssel ist auch das Thema innere und äußere Sicherheit prioritär. So soll der Kampf gegen internationalen Terrorismus verstärkt und die EU-Außengrenzen sollen besser geschützt werden. Die Nachbarschaftspolitik wird sich unter Malta auf die nordafrikanischen und arabischen Staaten fokussieren. Indem für bessere Lebensbedingungen vor Ort gesorgt werden soll, soll der Zustrom von Migranten verringert werden.

Das Thema Wirtschaft genießt einen hohen Stellenwert bei den Maltesern. Der einheitliche europäische Binnenmarkt und die Potenziale der Digitalisierung sollen stärker in den Fokus rücken. Malta setzt sich konkret für die Abschaffung der Roaminggebühren für mobiles Telefonieren und Internet in der EU ein und möchte das schnellere 5 G Mobilfunknetz und kostenfreies WLAN in den

Städten fördern. Auch Themen wie die Kapitalmarktunion, eine Stärkung des EFSI für mehr Wachstum und Beschäftigung und eine sichere Energieversorgung werden unter der maltesischen EU-Präsidentschaft prioritär behandelt.

Der kleinste EU-Staat wurde mit der Osterweiterung am 1. Mai 2004 Mitglied der Europäischen Union und hat etwa 430.000 Einwohner. Deutschland ist der größte Exportmarkt; hauptsächlich Erdölzeugnisse, Maschinen und Medizinische Produkte werden nach Deutschland und in die Europäische Union ausgeliefert.

EU-Haushalt 2017 beschlossen

Das Europäische Parlament (EP) und der Ministerrat haben den EU-Haushalt für 2017 beschlossen. Sie einigten sich nach langen Verhandlungen auf eine Kürzung der Ausgaben auf 134,5 Milliarden Euro. Das sind 6,5 Prozent weniger als im laufenden Jahr (alle Angaben beziehen sich auf Zahlungsmittel, also tatsächlich zu leistende Zahlungen). Eingespart werden soll vor allem im Bereich der Kohäsionspolitik. Das ist möglich, weil die Mitgliedstaaten die bereitgestellten Mittel der Strukturfonds nicht so stark in Anspruch nehmen wie zu nächst erwartet worden war.

Deutliche Mehrausgaben plant die EU dafür zur Bekämpfung der Flüchtlingskrise und deren Ursachen ein. Die Mittel für den Schutz der europäischen Außengrenzen und zur Verbesserung der Asylpolitik (Sinnpolitik der EU) werden um rund 20 Prozent auf 3,8 Milliarden aufgestockt. Mehr Investitionen sind auch zur Förderung



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

von Wachstum und Beschäftigung geplant, die Ausgaben steigen in diesem Bereich um 11 Prozent auf 19,3 Milliarden Euro. Den Rotstift setzt die Institution auch bei ihrer eigenen Organisation an: So wird die im Jahr 2013 vereinbarte globale Minderausgabe von 5 Prozent der Personalkosten (bis einschließlich 2017) . mit Ausnahme des EP, der Gerichte und des Europäischen Auswärtigen Dienstes . aller Vorrang nach von allen Einrichtungen erreicht werden.

Schengen: Rat beschließt Verlängerung zeitlich befristeter Binnengrenzkontrollen.

Der Rat hat am 11.11.2016 einen Durchführungsbeschluss mit einer Empfehlung zur Verlängerung zeitlich befristeter Kontrollen an den Binnengrenzen unter außergewöhnlichen Umständen angenommen. Damit können Österreich, Deutschland, Dänemark, Schweden und Norwegen verhältnismäßige vorübergehende Grenzkontrollen für einen Zeitraum von höchstens drei Monaten an der österreichisch-ungarischen und österreichisch-slowenischen Landgrenze, an der deutsch-österreichischen Landgrenze, in den dänischen Häfen mit Fäherverbindungen nach Deutschland und an der dänisch-deutschen Landgrenze, in den schwedischen Häfen, in der Polizeiregion Süd und West und auf der Öresund-Brücke sowie in den norwegischen Häfen mit Fäherverbindungen nach Dänemark, Deutschland und Schweden durchführen. Die genannten Binnengrenzen waren bereits Gegenstand der Empfehlung des Rates vom 12.05.2016.

Griechenland und Ungarn kritisierten eine Verlängerung der Binnengrenzkontrollen und stimmten dem Durchführungsbeschluss des Rates nicht zu. Die Kommission kam in ihrem Zwischenbericht über die Durchführung temporärer Kontrollen an Binnengrenzen des Schengen-Raums vom 28.09.2016 zum Ergebnis, dass die auf der Grundlage von Artikel 29 des Schengener Grenzkodexes vorgenommenen vorübergehenden Binnengrenzkontrollen eine angemessene Reaktion auf die aktuellen Bedrohungen der inneren Sicherheit seien. Die Grenzkontrollen sollten jedoch gezielt und in Bezug auf Umfang, Häufigkeit sowie räumliche und zeitliche Ausdehnung auf das Maß beschränkt sein, das als letztes Mittel notwendig ist, um gegen ernsthafte Bedrohungen vorzugehen und den Schutz der öffentlichen Ordnung und der inneren Sicherheit im Zusammenhang mit Sekundärbewegungen von irregulären Migranten zu wahren. Die betroffenen Mitgliedstaaten werden aufgefordert, die Notwendigkeit der Binnengrenzkontrollen wöchentlich zu überprüfen und dem aktuellen Bedrohungsniveau anzupassen sowie der Kommission monatlich Bericht zu erstatten. Ziel ist es, frühestmöglich zu einem funktionierenden Schengen-System ohne Binnengrenzkontrollen zurückzukehren.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/11/11-prolongation-internal-border-controls/>

Ratspräsidentschaft und EP einigen sich über Mineralienhandel mit Konfliktgebieten

Am 22.11.2016 haben die slowakische Ratspräsidentschaft und das EP eine infor



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

melle Einigung zu dem Verordnungsvorschlag der Kommission zum Handel mit Mineralien aus Konfliktgebieten vom 05.03.2014 erreicht. Ziel des Verordnungsvorschlags ist es, europäische Unternehmen zu einer verantwortungsbewussten Beschaffung der in zahlreichen Produkten enthaltenen Rohstoffe Zinn, Tantal, Wolfram und Gold zu verpflichten, um so die Finanzierung von bewaffneten Konflikten und Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Der Kompromissvorschlag sieht eine klare Verantwortung von Unternehmen für den vorgelagerten Teil ihres Produktionsprozesses vor, der die Gewinnung und Refineration von Konfliktrohstoffen beinhaltet. Unternehmen haben die Möglichkeit, sich als verantwortliche Importeure zertifizieren zu lassen. Importeure kleiner Volumen werden jedoch von diesen Verpflichtungen befreit. Der Rat wird über den Kompromissvorschlag voraussichtlich am 07.12.2016 entscheiden und die Abstimmung im Plenum des EP ist im zweiten Quartal 2017 zu erwarten.

http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2016/11/22-trade-conflict-minerals-agreement/?utm_source=dsms-au-to&utm_medium=email&utm_campaign=Trade+in+conflict+minerals:+Presidency+agreement+with+the+European+Parliament

Europäisches Parlament

EP möchte CETA-Verzögerung vermeiden
Das Europäische Parlament (EP) hat entschieden, das CETA-Abkommen im Vorfeld seiner Ratifizierung nicht vom Europäi-

schen Gerichtshof (EuGH) überprüfen zu lassen. Eine große Mehrheit lehnte einen entsprechenden Antrag einer Gruppe von 89 Abgeordneten ab, die sich größtenteils aus Vertretern der europäischen Grünen und Linken zusammensetzt. Die Antragsteller hatten zuvor rechtliche Zweifel gegenüber dem geplanten Investitionsgerichtshof geäußert.

Eine Prüfung durch das Gericht hätte zur Folge, dass das EP erst nach der Prüfung durch den EuGH CETA zustimmen könnte. Dies hätte die vorläufige Anwendung des Freihandelsabkommens um mehrere Jahre verzögert. Hinzu kommt zudem der Ratifikationsprozess durch bis zu 42 nationale Parlamente, der weitere Jahre dauern könnte.

Die Abstimmungen des EP-Handelsausschusses sowie des Plenums über das CETA-Abkommen sind für Dezember 2016 geplant. Ein Teil der belgischen Zusatzerklärung, die den Weg zur belgischen Zustimmung für CETA Ende Oktober freimachte, sieht die Klärung durch den EuGH vor, ob der neue Investitionsschutzgerichtshof mit europäischem Recht vereinbar ist. Der EuGH wird sich daher sowieso mit dem Hauptkritikpunkt der CETA-Gegner auseinandersetzen.

Aus dem Kuriositätenkabinett

143.000.000.000 Euro
ist die Höhe der zusätzlichen Kredite, die die britische Regierung - laut Aussage von Schatzkanzler Philip Hammond - zur Bewältigung der Brexit-Folgen aufnehmen wird.



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Auswahl und Redaktion:



Dagmar Weiner

Europabeauftragte FDP Kreis Offenbach-Land und
OV Neu-Isenburg

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

